

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Sachsen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Donnerstag, 18. Juli 1922

War alles umsonst?

Der Mord an Walter Rathenau hatte Millionen von Arbeitern auf die Straße gebracht. Er hat den proletarischen Massen die drohende Gefahr der Reaktion erkennen lassen und sie enporgerissen aus ihrem Schlummer.

Die Zeit reaktionärer Gewitterschläge schlug um in einen Sturm proletarischer Protestkundgebungen. Es wurden Forderungen aufgestellt, die revolutionären Charakter trugen. Die Massen forderten Beseitigung der Reaktionäre, Auflösung des Reichstages und Neuwahlen in die Parole Bildung einer Arbeiterregierung. In diesen Tagen übte die Bewegung der breiten Arbeitermassen und revolutionärer Phraseologie der „alten“ Führer haben wir Kommunisten den Arbeitern mit aller Deutlichkeit die Befürchtungen gesagt, die wir nach vielsährigen Erfahrungen hegen mußten. Wir hörten die Versprechungen der sozialdemokratischen Führer. Und doch konnten wir nicht glauben, daß jene, die ja so lange das Proletariat an die Bourgeoisie verraten und verkauft hatten, es ernst damit meinten. Um des proletarischen Kampfes willen, der nur einig und geschlossen geführt werden konnte, gingen wir mit jenen Führern zusammen. Nicht weil wir glaubten, daß sie ernsthaft mit uns kämpfen würden, sondern weil wir überzeugt waren, daß die sozialdemokratischen Arbeiter bereit waren, mit ihren kommunistischen Brüdern gemeinsam gegen die Reaktion zu kämpfen.

Aber trotzdem wir mit jenen Führern in einer Front gingen, haben wir gesagt, was wir befürchteten. Wir haben die Massen gewarnt: „Sorgt, daß Euch nicht wieder ein Erzberger-Demonstrationen, den Versprechungen der Führer, sondern sorgt selbst für die Durchführung Eurer Forderungen.“

Trotz unserer ernsthaften und frühzeitigen Warnung scheint es den sozialdemokratischen Führern wieder zu gelingen, die Massen vom Kampfe abzuhalten. Sie haben die Kämpfe von den Massen ins Parlament gelegt. Aus dem Kampf der Arbeitermassen um die Revolution haben die sozialdemokratischen Führer einen Streit um Ministerposten gemacht.

Die Massen wurden abgelenkt vom Kampfe dadurch, daß von Regierungserweiterung gesprochen wurde, daß die Unabhängigen sich bereit erklärten, in die Regierung einzutreten.

Und während die Massen sich zurückdrängen ließen, traten die Reaktionäre wieder hervor. Die Deutsche Volkspartei erklärte sich unter den bekannten Bedingungen, die einen Schlag ins Gesicht der Arbeiterklasse bedeuten, ebenfalls bereit, in eine Regierungskoalition einzutreten. Sie bet also den Sozialdemokraten

die große Koalition

Dadurch waren die Sozialdemokraten in die glückliche Lage versetzt worden, den starken Mann spielen zu können. Sie haben den Anbiederungen der deutschen Volkspartei ein „Rein“ entgegengesetzt.

In der am 10. Juli stattgefundenen Fraktionsitzung der Sozialdemokratischen Partei wurde folgende Entschließung gefaßt: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt, daß die zum Schutze der Republik zu beschließenden Gesetze nur von einer entschiedenen republikanischen Regierung durchgeführt werden

können. Die Deutsche Volkspartei hat bis in die letzte Zeit in ihrer Bekämpfung einer Reihe wichtiger Regierungsvorlagen die notwendigen Rücksicht auf das Interesse des Staates und die Bedürfnisse der breiten Volksschichten vernachlässigt. Sie hat erst nach der Ermordung Rathenaus die Vorlage über die Verleumdung abgelehnt. Unter diesen Umständen würde die Entschließung der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition bei den breitesten republikanischen Massen, das Vertrauen und die Wertschätzung der Regierung, die Gesetze zum Schutze der Republik energig durchzuführen, aufs tiefste erschüttern. Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kommt daher die Mitarbeit in einer nach rechts erweiterten Regierung nicht in Frage.

Diesen Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion versteht man erst, wenn man folgende Meldung der U. L. dazu liest:

Die Entschließung der mehrheitssozialdemokratischen Partei hat zwar zu keiner grundsätzlichen Klärung der Lage geführt, trotzdem ist man, wie die „Telegraphen-Union“ hört, in parlamentarischen Kreisen ziemlich allgemein der Auffassung, daß die Frage der Regierungsumbildung durch die Entschließung der Sozialdemokraten aus dem letzten Stabium herausgetreten ist und daß vor den Parlamentsferien keine Regierungsumbildung mehr stattfinden wird. Die Entschließung der Sozialdemokratie spricht zwar nur von der Ablehnung des Eintritts der Volkspartei, es ist aber bekannt, daß die Mehrheitssozialdemokratie gleichzeitig auch beschlossen hat, den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung nicht zu forcieren, wenn die Gesetze zum Schutze der Republik vom Reichstag vor den Parlamentsferien angenommen werden. Offiziell werden die Verhandlungen erst morgen zu Ende gehen, wenn die bürgerlichen Koalitionsparteien zu den Entschließungen der Sozialdemokraten Stellung genommen haben.

In dieser „Ausnahmesituation“ müssen wir unbedingt in die Regierung“, erklärten die unabhängigen Führer. „In dieser „Ausnahmesituation“ müßt ihr unbedingt in die Regierung“, erklärten die sozialdemokratischen Führer. Und in dieser „Ausnahmesituation“ meldet die U. L., daß eine Regierungsumbildung nicht mehr wahrscheinlich ist und alles beim Alten bleibt.

Der Kampf gegen die Reaktion soll also mit den Sommerferien des Parlaments enden. Die Spitzenführerschaften haben den Kampf gegen die Reaktion auf rein parlamentarischen Boden geführt. Die Grenzen dieses Kampfes sind bestimmt durch die Rücksicht auf die bürgerlichen Mittelparteien, die vom Kampfe gegen ihre Brüder von rechts nichts wissen wollen. Aus Rücksicht auf diese bürgerlichen Mittelparteien versuchen die Spitzenführerschaften die proletarische Einheitsfront zu zerschlagen. Je weniger sie von einem ernsthaften Kampfe gegen die Reaktion etwas wissen wollen, desto mehr müssen sie gegen die Kommunisten hegen, die diesen Kampf fordern.

Ebenso wenig wie im Parlament wird durch Parlamentserien die Reaktion niedergeschlagen. Das Berliner Abkommen ist noch nicht in einem Punkte erfüllt. Aber diese Regierung hat unzweifelhaft bewiesen, daß sie freiwillig nicht daran denkt, die Forderungen der Arbeiter durchzuführen. Hunderttausende Arbeiter haben den Rücktritt der Regierung verlangt, wenn sie sich den Forderungen der Arbeiter in den Weg stellt. Die Arbeiter müssen durch gemeinsame Aktionen ihre Forderungen erzwingen. Die Situation verlangt schnelles und energisches Handeln.

Durchführung notwendig werdender Aktionen bestimmt der paritätisch zusammengesetzte Aktionsausschuß.

Der Essener Aktionsausschuß ist der beste Beweis dafür, daß die Massen des Proletariats kein Verständnis haben für die Sabotage der Berliner Vereinbarungen durch sozialdemokratische Führer noch für den Kampf gegen links, gegen die Kommunisten, haben. Die Massen wollen weiter sehen und werden sich darum nicht hindern lassen, wenn wieder, wie so oft, Forderungen nur auf dem Papier stehen bleiben, von unten auf zu einer kampffähigen Einheitsfront zu schreiten. Die Kommunisten werden sich niemals aus diesen kämpfenden proletarischen Fronten ausziehen.

Die Beitarbeiter in Jena für Ultimatum und Generalstreik.

Eine von der ganzen Belegschaft der Firma Zeiß in Jena besuchte Betriebsversammlung hat am 7. Juli die folgende Resolution zum Berliner Abkommen angenommen:

„Die Belegschaft der Firma Zeiß ... erwartet von den Spitzenverbänden, von den sozialistischen Parteien, daß sie energig für die Forderungen der Berliner Abkommen eintreten. Sie verlangen vom ADGB, daß der Reichsregierung ein Ultimatum von drei Tagen gestellt wird, und im Falle der Nichterfüllung der angeführten Generalstreik proklamiert wird.“

Die Energie der Spitzen, die die Zeiß-Arbeiter so sehr vermiffen, hat sich bisher nur in der Beförderung der Kommunisten und in dem Versuch, die Einheitsfront des Proletariats zu zerschlagen, gezeigt. Der Kampf um das Berliner Abkommen wird durch solche Selbsttäte willig geleistet.

Zwei Aufrufe.

Am gleichen Tage erschienen in der deutschen Presse Kundgebungen des Büros der Amsterdamer Internationale und der Exekutive der Kommunistischen Internationale. Am gleichen Tage können also die deutschen Arbeiter vergleichen, was ihnen die beiden großen Körperschaften zu sagen haben.

Der Aufruf der Amsterdamer ist kurz. „Aber wenn für die Arbeiter die Würde bedeutet, — in diesem Aufruf findet man keinen Witz.“

„Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat ... mit Befriedigung festgestellt, daß die deutschen Arbeiterorganisationen entschlossen sind, mit äußerster Kraft sich dem Treiben der Reaktion zu widersetzen und die republikanische Verfassung zu verteidigen.“ Das Büro hat seine „Feststellung“ offenbar nur nach den Papierkundgebungen gemacht, nicht aber nach den Vorkommnissen der harten Wirklichkeit, wo die großen deutschen Arbeiterorganisationen (der ADGB, die U. L., die SPD.) garnicht daran denken, wirklich Kräfte zur Zerschmetterung der Reaktion einzusetzen.

„Mit Genugtuung hat das Büro des IGB. von dem allgemeinen Aktionsplan der deutschen Arbeiterschaft Kenntnis genommen.“ Die deutsche Arbeiterschaft hatte das selbe getan, — aber die großen Arbeiterorganisationen Deutschlands haben ihren „Aktionsplan“ in den Papierkorb geworfen.

„Gestützt auf die stolze Lösung des Weltproletariats: Arbeiter aller Länder, vereinigt euch! (früher hieß es: Proletarier aller Länder, vereinigt euch, aber heute wollen die IGB-Leute offenbar niemanden durch die Anrede Proletarier kränken) fordert der IGB. von allen seinen Anhängern eine aktive Solidarität.“

Der IGB. muß also zunächst die SPD. nebst ADGB und U. L. zur Aktivität auffordern.

„Niemand darf gleichgültig bleiben ... Der Weltfriede ist abhängig vom Ausgang dieses Kampfes. Der wirtschaftliche Fortschritt steht auf dem Spiele.“

Wahrscheinlich buhlt die SPD, d. h. diejenige Partei, die dem ADGB. weientlich beeinflusst, um die Gunst der demokratischen Bankiers, der Zentrumsparlamente und des Stinnes-Kapitals. Der Weltfriede, gehütet vom demokratisch-volksparteilichen Kapital und der wirtschaftliche Fortschritt, verkörpert durch Stinnes, das sind die bisherigen Taten und Leistungen des ADGB.

„Jeder verfolge mit Aufmerksamkeit die Entwicklung der Ereignisse in Deutschland ... Jeder wirke darauf hin, daß die Politik der Regierung seines Landes nicht die Stellung der deutschen Reaktionäre stärke und die Bestrebungen der sozialen Demokratie (!) Deutschlands fruchtlos mache.“

Das Verfolgen mit Aufmerksamkeit bedeutet Zeitungslektüre, und das Wirken auf die Politik der jeweiligen Regierungen haben uns die patriotischen Herren Vandervelde, Henderson, Jouhaux glänzend vorgemacht.

„Die Republik triumphiere endgültig über die monarchistische Reaktion! Jeder sei stark! Ein jeder zeige sich der Gefahr gewachsen!“

Das sind, mit Verlaub zu sagen, leere Deklamationen. In dem ganzen Aufruf ist nicht ein Wort darüber gesagt, wie sich eigentlich das Büro des IGB. die „Solidarität“, vom „Kampf“ garnicht zu reden, vorstellt. Aber wir kennen ihre Kampfmethoden, wir kennen ihre Solidarität, wir kennen auch ihre Deklamationen. Die Kampfmethoden haben sich gezeigt: bei dem großen englischen Bergarbeiterstreik; bei der Ausperrung der Metallarbeiter in England; bei dem Eisenbahner- und Textilarbeiterstreik in Frankreich; bei dem Eisenbahnerstreik in Deutschland; bei dem sächsischen Metallarbeiterstreik; bei den Kämpfen in Italien und der Tschechoslowakei. Wir kennen die Solidarität, die sich in all diesen Fällen nur darin zeigte, daß die kämpfenden Arbeiter im Stiche gelassen wurden, und wir kennen die Deklamationen, die immer dann kommen, wenn für den IGB. die Gefahr ausgeschlossen ist: und die „Gefahr“ ist für ihn — der Kampf.

Der Aufruf der Exekutive der Kommunistischen Internationale spricht eine andere Sprache. Kein sentimentales Befingen der herrlichen deutschen Demokratie, keine Erwähnung von Illusionen.

„Gegen die monarchistische Gewalt habt ihr euch mit voller Wucht erhoben. Nicht aus Liebe für die bürgerliche Republik, ... sondern aus klarer Erkenntnis, daß die Wiederherstellung der Monarchie eine vollkommene Auslieferung ... an die Kapitalisten und Junker wäre.“

„Deshalb kämpfen die Kommunisten Seite an Seite mit allen Arbeitern, auch mit denen, die noch in der Illusion

Einheitsfront trotz alledem!

Aktionsausschuß der Gewerkschaften und der drei Parteien in Essen.

An demselben Tage, an dem die SPD. und USPD. Vertreter der Kommunistischen Partei bei den gemeinsamen Verhandlungen offensichtlich in der Absicht, die Kommunisten von der Aktionsgemeinschaft des Proletariats gegen die Reaktion auszuschließen, ein Flugblatt zur Unterschrift vorlegte, das eine indirekte Beschimpfung und eine einseitige Bindung der Kommunisten darstellte, haben die Gewerkschaften und die drei Parteien von Essen gezeigt, wie man gemeinsam vorgehen kann, wenn nur der gute Wille dazu vorhanden ist.

Auf einem Aufruf des Ortsausschusses der Freien Gewerkschaften Essen, der SPD, USPD. und KPD. wurde in Essen ein Aktionsausschuß gebildet, der alle reaktionären Bewegungen in Essen Stadt und Land überwachet und eventuell notwendige Aktionen zum Schutze der Republik durchzuführen soll. Der Aufruf wendet sich an die gesamte werklähige Bevölkerung, den Aktionsausschuß der Arbeiterorganisationen sofort zu unterstützen. Vor allem sollen dem Aktionsausschuß sofort alle kontendenationalen Organisationen und ihre Mitglieder gemeldet werden. Der Aktionsausschuß muß in Kenntnis gesetzt werden, wo die Kandidaten für die Massen verbleibt und welches die Namen der reaktionären Beamten in der Gewerkschaft, der Schupo, in der Bezirksregierung usw. sind. Zweckmäßige Mitteilungen sollen übermitteln werden an das Sekretariat des Ortsausschusses der Freien Gewerkschaften oder an die Unterbezirkssekretariate der SPD, USPD. und KPD. Essen. Die Untersuchung des eingelangten Materials und die

Stadthilf
SPD
17. 7. 22

Die Konferenz der Kontrollausschüsse West-Thüringens.

Die Durchführung des Berliner Abkommens mit allen Mitteln.

Die SPD. denkt nicht daran, ihre eigenen Forderungen gegen die bürgerlichen Koalitionsparteien zurückzugeben. Die SPD. will ihre eigenen ... Arbeitermassen als die ... Monarchisten, und darum sucht sie den Kampf nur auf dem ... des Reichstages ... um bei dem Reichstag ... und bei dem Zentrum ... keinen Anstoß zu erregen.

Die U.S.P., die drei Jahre ... schwer, unter keinen Umständen an der Regierung der Bourgeoisie teilzunehmen, behält die Rettung der Republik in einer Koalition mit den Demokraten und dem Zentrum.

Die SPD. will die U.S.P. in die Regierung eintritt, so wird das bedeuten, daß die ... Einheitsfront des Proletariats durch die Führer der Sozialdemokratie zerschlagen werden soll. Denn es ist klar, daß die SPD. ... keine Solidarität haben kann mit den demokratischen Bankiers, den Kleinbürgerlichen und Schwerindustriellen Zentrumspolitikern!

Die Aufforderung ist dringend und nötig: schon schaffen die Truppen der deutschen Republik auf deutsche Arbeiter, die nicht für kommunistische Forderungen, nein für dieselbe deutsche Republik! demonstrieren, deren Soldstücke deutsche Proletarier zu Tausenden niedermetzeln und hinter Justizhausmauern stecken. Schon wird die Redaktion der unabhängigen „Freiheit“ vor den Staatsgerichtshof gestellt, weil sie den Dreimacht-Bertrag als Schieber beanstandet. Schon werden wieder Kommunisten verhaftet, schon stellt die Partei des Helferrich, die Partei der bayerischen Menschenmörder Forderungen, und schon beteiligen sich die Führer der SPD. und U.S.P. an einer trübseligen Kommunistenfeier, obwohl die Reaktion ihnen selbst jederzeit die Gabel abbrechen kann.

Die Reaktion spekuliert jetzt auf die Wiederholung des Kampfes unter den Arbeitern, der ihr erlauben soll, den eigenen Hals aus der Schlinge zu ziehen, und diesen um den Hals des gesamten Proletariats zu legen.

Arbeiter, hört die Mahnung der Kommunisten, vergleicht sie mit dem leeren Geschwätz der Anführer und befolgt dann die Lösungen, die auch die Exekutiv der R.P. parast.

Wieder mit der bürgerlichen Koalitionsregierung! Es lebe der Kampf um die Arbeiterregierung, das Schwert gegen die monarchische Reaktion!

Aus dem „republikanischen“ Deutschland.

Die Reform der Reichswehr ist soweit fortgeschritten, daß auf Anregung mehrerer Landesparlamente der Reichswehrminister Herr Götzer angekündigt hat, daß am Ende dieses Jahres ein landesparlamentarisches Abkommen getroffen werden soll. Die Landesparlamente für Bayern kann natürlich nur das Parlament in Bonn kommen. Während die Landesparlamente alle triumphieren wird der Kampf gegen die Kommunisten von den Landesregierungen unter der Parole „Gänse mit dem Kopf der roten Feder“ geführt. Die U.S.P. demokratischen Zentrumskandidaten kann dann ja auch die Sozialdemokratie die Führung übernehmen, die blau-weiße und die weiß-gelbe Fahnen unter der Führung der Sozialdemokratie aufziehen. Nachdem sie die rote Fahne der Freiheit und Revolution mit dem Klassenkampf einbezogen hat.

Neue Nordbräunungen der Reaktion R.M.

Der Minister kommunistische Einheitsfronten Kenner erweist einen anständigen Respekt, in dem es unter anderem heißt: „Für Schanden haben wir auf die Idee der Einheitsfront gesetzt, die durch unsere Nordbräunungen wieder lebendig werden müssen.“

Zimmer neue Waffenlager.

Die U.S.P. will die U.S.P. in die Regierung eintritt, so wird das bedeuten, daß die ... Einheitsfront des Proletariats durch die Führer der Sozialdemokratie zerschlagen werden soll. Denn es ist klar, daß die SPD. ... keine Solidarität haben kann mit den demokratischen Bankiers, den Kleinbürgerlichen und Schwerindustriellen Zentrumspolitikern!

Die Konferenz der Kontrollausschüsse West-Thüringens.

Die Durchführung des Berliner Abkommens mit allen Mitteln.

Offener Brief

an den R.D.S., die U.S.P., die SPD., die U.S.P. und die SPD.

1. Die Epigenetiker müssen von der Regierung fordern, daß das Berliner Abkommen in den allerhöchsten Tagen erfüllt werden muß.
2. Insbesondere sollen die Epigenetiker von der Regierung und Reichstag fordern, daß die Arbeiter für alle proletarischen Kämpfe sofort erlassen werden.
3. Weigern sich Regierung und Reichstag, diesen Forderungen sofort Folge zu leisten, so müssen die Epigenetiker gemäß dem einmütigen Willen der Arbeiter die Auflösung des Reichstages erzwingen und Neuwahlen mit der Parole: für eine Arbeiterregierung, die allein imstande ist, die Reaktion zu bekämpfen und die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft zu wahren, herbeizuführen.
4. Wenn die Regierung sich trotz des Drucks der Epigenetiker weigert, den Reichstag aufzulösen, sollen die Epigenetiker den Generalstreik bis zur Durchführung des Berliner Abkommens proklamieren.
5. Die Erfahrungen der R.M. Westthüringens haben gezeigt, wie notwendig die R.M. im Kampf gegen die Reaktion sind. Wir fordern deshalb von den Epigenetikern, in einem Aufruf zur Bildung von Kontrollausschüssen im ganzen Reich aufzufordern und sie zentral zusammenzufassen.
6. Die Konferenz protestiert gegen die Vorlage des Gesetzes zum Schutz der Republik, sowie gegen die Annullierungsvorlage der Reichsregierung, und fordert die Epigenetiker

Die Durchführung des Berliner Abkommens mit allen Mitteln.

Der offene Brief beweist, daß die Arbeiterschaft der SPD. und U.S.P. nicht daran denkt, sich durch einen Mas ihren Interessen vor den Kommunisten trennen zu lassen. Die Arbeiter im Interesse der Erhaltung der Koalitionsregierung die Klassenfront des Proletariats zu brechen, geschäftlich am selben Willen der Arbeiter. Wie in Gotha, müssen überall die Arbeiter den Epigenetikern so deutlich, daß sie es verstehen, zu erkennen geben, daß sie gewillt sind, den begonnenen Kampf zu Ende zu führen, auch wenn er den Führern unangenehm und unbequem ist.

Die Konferenz der Kontrollausschüsse Westthüringens. J. W.: Kontrollausschuss Gotha. Arthur Lud, Vorsitzender.

Bezeichnend ist, daß einer der Festgenommenen, wahrscheinlich unter dem Druck seiner großen Schuld, durch freiwilligen Tod in der Zelle sich dem Strafgericht entziehen hat. Es handelt sich um den Kaufmann H. H. Er hat in der Pause, die zwischen der vierstündigen Kontrolle lag, Hand an sich gelegt. Er benutzte dazu seinen Winterschulter und sein Taschentuch, das er zu einem Strick zusammenband, um sich damit an einem Dampfheizungsrohr, das durch die Zelle lief, zu erhängen. Die Beamten der Kriminalpolizei sind auf das Äußerste angespannt, um die Spuren zu verfolgen, die weitere Waffenlager vermuten lassen.

Mordstudenten als Epigonen im Bergwerk.

Auf der Steinohlengrube in Eugen wurde ein „Auch-Bergarbeiter unter dem dringenden Verdacht der Beteiligung an dem Blausäureattentat auf Scheibemann verhaftet. Man fand bei dem Verhafteten, der sich als Student der Chemie herausstellte und sich, wohl um wichtige Nachrichten über die Bergarbeiterbewegung zu erhalten, als „Praktikum“ einschmuggelte bei einer Hausdurchsuchung einen Stahlhelm, zwei Revolver, sowie Aufzeichnungen über die Verfasserschaft von Blausäure und andere belastende Schriftstücke.

Augen auf! Bis in die Betriebe hinein führen die Vertrauensleute der Nordreaktion! Legt diesen Dackeln das Handwerk!

„Sturmabteilung Jung-Wismar“

Die Terrorgruppe des Jugendbundes Jung-Wismar in Wismar, die den Namen „Sturmabteilung“ trägt, bringt nach wie vor ihre öffentlichen Bekanntmachungen im „Wölkchen“ heraus. Die Frechheit dieser Nordbanditen ist nur frecher geworden seit dem Rathenau-Mord.

Der Essener Kontrollausschuss an der Arbeit.

Der von dem R.D.S., der U.S.P., der SPD., U.S.P. und SPD. in Essen gebildete Kontrollausschuss erlöst in der Arbeiterzeitung einen Aufruf, in dem es heißt:

1. Es fordert die sofortige Bekämpfung jeder monarchischen Reaktion in Wort und Tat;
2. Es fordert jede monarchische oder antirepublikanische Reaktion;
3. Es fordert die Änderung der Regierungsstellen, Behörden, einschließlich der Gerichte, Reichswehr, von allen monarchischen oder antirepublikanischen Elementen.

Jeder Anhänger der Republik wird zum tätigen Kampf um diese Forderungen aufgefordert. Dazu wird gesagt:

Im Sinne der vorstehenden Forderungen haben sich auch die unterzeichneten Parteien, sowie der Ortsausschuss der freien Gewerkschaften zu einem Aktionsausschuss zusammengeschlossen. Dieser Aktionsausschuss soll alle realistischen Bewegungen in Essen-Stadt und -Land unterstützen und voll unterstützen. Dieser Ausschuss soll die Durchführung der Forderungen durchzuführen. Er kann jedoch nur erfolgreich wirken, wenn er in seiner Arbeit von der gesamten westthüringischen Bevölkerung unterstützt wird.

Dem Aktionsausschuss müssen:

1. sofort alle sozialdemokratischen Organisationen und ihre Mitglieder gemeldet werden;
2. der Aktionsausschuss nach sofort erlassen, wo die Kontrolle der U.S.P. besteht;
3. es müssen sofort alle realistischen Elemente in Reichswehr und Gendarmerie ermittelt werden, und
4. alle realistischen Elemente nach Bedarf festgesetzt werden.

Der Aufruf schließt mit folgenden Worten: Die Durchführung des obigen Programms ist die Voraussetzung für die Bekämpfung der monarchischen Reaktion und die Durchsetzung der realistischen Forderungen. Wir können nur hoffen, daß die Forderungen des Aktionsausschusses gegen die Reaktion von einzelnen Gruppen oder Personen unterstützt werden. Schließendes Wort vom Essen-Stadt und -Land! Die Republik ist in Gefahr! Jetzt oder nie muß die Arbeiterbewegung begreifen werden!

Aus Ortschaft-Bayern.

Die Sicherheitsrechte der Reaktion!

Wie die bayerische Staatsregierung auf Grund von Sekundärgesetzen an amtlicher Stelle mitteilt, haben die Hausdurchsuchungen bei drei in München verhafteten Studenten in Sachen der Organisation C kein belastendes Materialutage gefördert. Zahlreiche Personen, darunter auch General Lubendorff sind vernommen worden, die Vernehmungen waren ergebnislos. Die Berliner Polizei soll sich nach dem genannten Blatte eine grobe Verletzung der bayerischen Sicherheitsrechte haben zuschulden kommen lassen, indem eine Anzahl Berliner Kriminalbeamter, ohne sich mit der Münchener Polizeidirektion in München ins Benehmen zu setzen, auf eigene Faust arbeiten sollten. Die Polizeidirektion wird sich deshalb mit einer Beschwerde an das Ministerium des Innern wenden, damit von der Regierung ein Protest nach Berlin geschieht wird.

In Bayern gibt es kein „belastendes Material“. So etwas kommt dort nicht vor, wo die gesamte Regierung nichts anderes darstellt als ein ungeheures belastendes Material für die deutsche Republik. Auch Herr Lubendorff, der Herr der Nordorganisationen, wurde „vernommen“. Wahrscheinlich wollten die bayerischen Reaktionskräfte feststellen, welche Geheimbündler sofort Staatsanstellungen bekommen müssen. Daß die Berliner Polizei die Sicherheitsrechte der Reaktion verletzt hat, trotz ohne Zweifel die Preussische und wenn notwendig die Reichsregierung mit ein paar demütigen Kniebeugen entschuldigen.

Sprengmunition im Meißelkoffer.

Auf dem Bahnhof Stendal wurde ein Meißelkoffer beschlagnahmt, der unter Noos und Tannengrün 2 Zentner Sprengmunition enthielt. Es gelang, den Besitzer des Koffers, einen Müller aus Meißel, festzunehmen. Auf der Station Meißel wurde dann noch ein weiterer Korb mit 2 1/2 Zentnern Sprengmunition beschlagnahmt.

Die bayerische Reaktion hat ihre eigene Kunst. Die Materie der Reaktion malen mit Sprengstoff, und für ihre blutigen Gemälde benötigen sie gleich ein paar Zentner von dieser „Lebensdigen Farbe“. Wann kommt der Protest der bayerischen Regierung, die es sich nicht gefallen lassen kann, daß die „bayerische Kunst“ unterdrückt wird? Und wann werden die nächsten zu einer bayerischen Gemäldeausstellung eingeladen? Rathenau ist bereits „abgebildet“.

Die Nordbräunungen läßt man laufen.

Killingen freigesprochen!

II. Berlin. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist Kapitän Leutnant a. D. von Killingen gestern aus der Haft des Berliner Polizeipräsidiums entlassen worden.

III. Weimar. Graf Görz, der auf Grund einer Verurteilung über die Ermordung Rathenaus, die er auf der Straftat eines Bekannten gegenüber getan hatte, verhaftet worden war, wurde gegen Stellung einer Kaution von 100 000 Mark wieder freigelassen.

So sieht der Kampf der Regierung gegen die deutsch-nationalen Nordbräunungen aus. Killingen, der so dringend verdächtig ist, seine Hand sowohl bei der Ermordung Rathenaus, wie bei der Ermordung Rathenaus im Spiel gehabt zu haben, von dem festgestellt, daß er der Leiter der berüchtigten Nordorganisation Konrad ist, wird von der famosen preussischen Polizei ganz einfach laufen gelassen. Dabei steht in dem Gesetz „zum Schutz der Republik“ auf die Tatnahme zu geheimen oder staatsfeindlichen Verbindungen die Strafe bis zu fünf Jahren Gefängnis, in schwereren Fällen, also bei Killingen, bis zu fünf Jahren Zuchthaus! Bis zu fünf Jahre Gefängnis hätte selbst nach diesem Schutze der Graf Görz bekommen, der den Mord an Rathenau ausdrücklich gebilligt hat. Es scheint, daß die Organisation Konrad schon nicht mehr zu den staatsfeindlichen, sondern zu den staatsfeindlichen Organisationen gehört, staatsfeindlich aber ist, wer die staatsfeindliche „republikanische“ Regierung stützen will!

Den Mördern Rathenaus auf der Spur?

W.R. Den beiden nächsten Mördern des Ministers Rathenaus, dem Ingenieur Hermann Fischer und dem Oberleutnant a. D. a. D. Erwin Kern, ist die Berliner politische Polizei auf der Spur. Dieser Meldung wird eine Beschreibung der Mörder und eine Kunde ihrer letzten Aufenthaltsorte beigefügt.

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Massenabigung der Bergarbeiter.

Die Forderungen der Gewerkschaften der Bergarbeiter... Massenabigung der Bergarbeiter...

Obwohl die Forderungswallung noch nach Erfüllung des Schieds... Obwohl die Forderungswallung noch nach Erfüllung des Schieds...

In gewaltigen Kundgebungen und unzähligen Versammlungen... In gewaltigen Kundgebungen und unzähligen Versammlungen...

Mitteln. Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Mitteln. Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

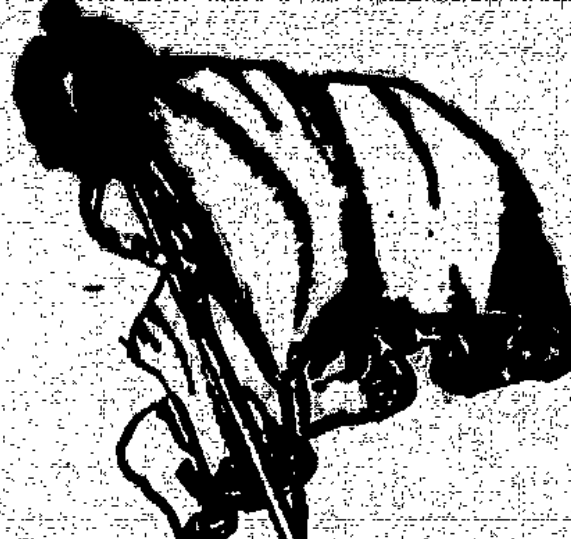
Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...



Derans zum Jugendtag am Sonntag in Freiburg.

Die Bergarbeitermassen müssen nun dafür sorgen, daß es... Die Bergarbeitermassen müssen nun dafür sorgen, daß es...

Schlesische Rundschau. Parteigenossen und Parteigenossinnen von Freiburg!

Sonntag, den 16. Juli findet auf unserem Sportplatz der... Sonntag, den 16. Juli findet auf unserem Sportplatz der...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf... Die Reichs- und Gewerkschaften im Kampf...

Der Tempel.

Roman von Hermynia zur Mühlen.

1) Hermynia zur Mühlen. Umsonst neigte sich Nadja zu ihm, frechste den... Umsonst neigte sich Nadja zu ihm, frechste den...

„Kann ich das Kind zu mir nehmen, Gregor Stepanowitsch?“... „Kann ich das Kind zu mir nehmen, Gregor Stepanowitsch?“...

entgegen gläubig: „Er ist wahrhaft erlunden“... entgegen gläubig: „Er ist wahrhaft erlunden“...

